

NIEDERSCHRIFT

über die 39. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom: **29.01.2003**
von: **16:00 Uhr**
bis: **20:00 Uhr**
Ort: **Rathaus Siegen, Ratssaal**

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Stv Bertelmann, Hans-Günter - ab 17.10 Uhr w. TOP 3 nöt
Stv Boller, Joachim
Stv Dreisbach, Jürgen
Stv Elter, Uwe
Stv Fries, Traute
Stv Höpfner-Diezemann, Ute - für Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Katz, Reinhilde - für Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Köhl, Siegfried
Stv Moll, Ilona
Stv Mues, Steffen - für Stv Mues, Gunter
Stv Otto, Günter - bis 17.10 Uhr für Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Schneider, Manfred - für Stv Dr. Stötzel, Wolfgang
Stv Schulte, Werner

II. Beratende Mitglieder:

Stv Nauck, Gerda - für Stv Walter, Klaus-Volker

III. Vom Personalrat:

VA Vogt

IV. Auf Grund besonderer Einladung zu TOP 5 nÖT:

Herr Brune WestLB
Herr Strickmann WestLB

V. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VD Lehmann
Städt. VD Bonstein
Städt. VR Dorsch
VA Schneider
Dipl.-Ing. Weidt
Stl Engelman
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Mues, Gunter
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Bürgermeister Stötzel Bezug auf die Medienberichte zum Cross-Border-Leasing. Er erklärt, dass die verwaltungsseitig die Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen sind und daher eine Beratung im Haupt- und Finanzausschuss, entgegen der seinerzeitigen Planung, noch nicht ansteht. Er stellt deutlich heraus, dass keine Vorentscheidung gefallen ist. Der in den Medien vermittelte Eindruck, eine Entscheidung werde "hinter verschlossenen Türen" getroffen, ist nicht zutreffend.

Her Baumeister ergänzt, dass aus Sicht der Verwaltung angesichts der Komplexität der Thematik noch zahlreiche Fragen zu klären und Informationen, auch im Hinblick auf die öffentliche Berichterstattung, einzuholen sind.

Die Tagesordnung wird im nichtöffentlichen Teil um die nachgereichten Punkte 6.3 und 7 erweitert.

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Schneider bestimmt.

2. Genehmigung der Niederschriften

Die Niederschriften werden bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

3. Fragestunde

3.1. Unfall bei der Fa. Gontermann Peipers

Anfrage der SPD-Fraktion vom 19.01.2003

Bürgermeister Stötzel beantwortet die Fragen wie folgt:

Im Gießereibetrieb der Firma Gontermann & Peipers, Werk Hain, hat sich am 15.01.2003 ein schwerer Unfall durch eine Verpuffung ergeben, bei dem zwei Menschen zu Tode kamen und mehrere verletzt wurden.

Der Betrieb unterliegt dem Immissionsschutzrecht. Genehmigungsbehörde ist die Bezirksregierung Arnsberg in Verbindung mit dem Staatlichen Umweltamt und dem Staatlichen Amt für Arbeitsschutz in Siegen. Die Gießerei genießt am Standort Marienborner Straße seit Jahrzehnten Bestandsschutz.

In den neunziger Jahren wurden im Zuge der betrieblichen Neuordnung Änderungs-genehmigungen erteilt, die zur Konzentration des Schmelzbetriebes auf den westliche Teil der Marienborner Straße, den jetzt betroffenen Bereich, geführt haben. Damit waren Modernisierungen und Neuerungen verbunden, die dem heutigen Stand der Technik entsprechen.

Über die Ursachen des Unfalls bestehen keine genauen Erkenntnisse, da die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind. Neben der Staatsanwaltschaft ist das Staatliche Amt für Arbeitsschutz in die Ursachenforschung eingebunden. Welche Konsequenzen aus dem Unfall zu ziehen sind, werden die Ermittlungen erst ergeben müssen. Soweit bisher bekannt, waren die Sicherheitsvorkehrungen ausreichend. Die Werkleitung hat verlauten lassen, dass sie in Verbindung mit den zuständigen Behörden alle notwendigen Schritte zur Vermeidung solcher Schadensereignisse unternimmt, wobei technisches, wie auch menschliches Versagen nie ganz auszuschließen ist. In Gesprächen mit der Geschäftsführung ist vereinbart, dass die Untersuchungen zunächst abgeschlossen werden sollen. Bevor die Produktion wieder aufgenommen wird, ist eine Bürgerinformation für den unmittelbar angrenzenden Bereich vorgesehen.

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

5. Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach § 20 Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG)

Vorlagenr. 2467/2003 - Vorlage vom 15.01.2003

Herr Rothenpieler führt aus, dass es auf Seite 2 der Vorlage (und gleichlautend in Anlage 1) unter "qualitative Kriterien" seines Erachtens anstelle von "Eine Welt" heißen müsste "Dritte Welt", wie auch im Schreiben der Bezirksregierung ausgeführt. Ergänzt werden könnte Südosteuropa.

In der Anlage 1 sollte der dritte Absatz gestrichen werden, da er nicht zur Klarstellung beiträgt. Darüber hinaus schlägt er vor, den Abgabetermin für den Rechenschaftsbericht entsprechend der Antragsfrist einheitlich auf den 15. März festzulegen. Die Änderungsvorschläge erhebt er zum Antrag.

Herr Boller kritisiert, dass die Änderung des Verfahrens zu Mehrarbeit in der Verwaltung führt, weil die CDU-Fraktion aus parteipolitischen Gründen bestimmte Vorhaben nicht gefördert wissen möchte. Er bemängelt des weiteren, dass die Formulierung "ungerechte Verhältnisse" geändert wurde. Der Vorschlag bezüglich des Begriffes "Eine Welt" entspricht nicht der Zielsetzung, die Unterschiede zwischen den Regionen zu verringern. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird er die Vorlage ablehnen.

Die SPD-Fraktion vertritt weiterhin die Auffassung, so Herr Kirchhöfer, dass eine Neuregelung der Sache nicht dienlich ist. Zum Inhalt ist anzumerken, dass eine rückwirkende Förderung weiterhin ausgeschlossen werden sollte.

Nach Auffassung von Frau Nauck ist der Begriff "Eine Welt" richtig. Die F.D.P.-Fraktion befürwortet den Verwaltungsvorschlag.

Herr Dorsch erläutert, dass nach Aussage der Bezirksregierung Arnsberg angesichts des zeitlichen Ablaufes innerhalb eines Jahres eine Förderung von Maßnahmen bereits unmittelbar nach Beschluss des GFG, und nicht erst nach Zugang des Bewilligungsbescheides der Kommune, möglich ist.

Herr Otto wird der Vorlage mit den vorgeschlagenen Änderungen zustimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt die Richtlinie: „Verfahren und Kriterien für die finanzielle Förderung entwicklungspolitischer Vorhaben in Siegen“ unter Berücksichtigung folgender Änderungen in der neuen Fassung:

unter Ziffer 1.1

- Absatz 1 - "... Hilfe zur Selbsthilfe der Menschen in der Dritten Welt und Süd-osteuroopa abzielen ..."
- Absatz 3 entfällt

unter Ziffer 2

Absatz 8 - Vorlage des Verwendungsnachweises und Auswertungsberichtes bis zum 15. März des folgenden Jahres

**Beratungsergebnis: 10 Stimmen dafür, 1 dagegen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
4 Enthaltungen**

6. Rahmenplan Oberer Wellersberg

Vorlagenr. 2427/2003 - Vorlage vom 18.12.2002

Die F.D.P.-Fraktion ist der Meinung, so Frau Nauck, dass sowohl für die Wohnbauflächen, als auch für den Bereich der Kinderklinik Bebauungsplanverfahren durchgeführt werden müssen.

Bürgermeister Stötzel informiert über ein Gespräch mit Vertretern der Kinderklinik im Hinblick auf deren Erweiterungsabsichten. Ein positiver Vorbescheid wurde bereits erteilt, die Planungen sollen in Kürze vorgelegt und im Bauausschuss vorgestellt werden. Eine darüber hinausgehende Erweiterung im Bereich der ehemaligen Kasernengebäude ist in der Diskussion.

Herr Schulte nimmt Bezug auf die im Bauausschuss vorgetragenen Vorstellungen der SPD-Fraktion, im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus auch Grundstücke in einer Größe bis zu 400 qm vorzusehen. Seitens der CDU-Fraktion besteht jedoch die Absicht, das Gelände des ehem. Munitionsdepots größer zu parzellieren, um dort großzügige Grundstücke für eine Einfamilienhausbebauung anbieten zu können. Die Planungen der Kinderklinik in einen Bebauungsplan einfließen zu lassen, hätte für die konkreten Bauabsichten erhebliche zeitliche Verzögerungen zur Folge. Die CDU-Fraktion stimmt den grundsätzlichen Überlegungen und der Vorbereitung eines Aufstellungsbeschlusses auf Basis der Variante B zu.

Herr Kirchhöfer merkt an, dass die SPD-Fraktion den Erweiterungsabsichten keinesfalls ablehnend gegenüber steht. Der Vorbescheid umfasst nur einen Teilbereich der Fläche, während das Gelände der ehem. Kasernen nicht berücksichtigt ist. Im Rahmen der Bauleitplanung sollte die Verträglichkeit des gesamten Vorhabens und der Wohnbebauung betrachtet werden. Es stellt sich auch die Frage, ob nicht durch das Instrument der Bauleitplanung eine größere Rechtssicherheit für die Wiederverwertung der Konversionsflächen erreicht werden kann. Bezüglich der Bauplatzgrößen sollten nicht von vorne herein kleinflächige Grundstücke ausgeschlossen werden.

Bürgermeister Stötzel macht darauf aufmerksam, dass auf Grund des Beschlusses

zur Aufstellung des Bebauungsplanes "Wellerberg/Fürstenweg" Vorhaben zurückgestellt werden können. Hinsichtlich der künftigen Nutzung des ehem. Kasernengeländes hält er zu gegebener Zeit ein Bauleitplanverfahren für erforderlich.

Nach Auffassung von Herrn Boller ist der gesamte Bereich als Einheit zu betrachten und eine verträgliche Planung für den oberen Wellersberg notwendig. Daher muss auch für den Bereich der Kinderklinik ein Bebauungsplan aufgestellt werden, selbst wenn sich dieser nur auf die ehem. Panzerhallen beschränkt. Des weiteren ist zunächst die künftige Nutzung des ehem. Kasernengeländes zu klären, bevor Freiflächen durch eine Bebauung versiegelt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt wird die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einer Bebauung nicht zustimmen, da kein Bedarf erkennbar ist und viele Fragen unbeantwortet sind. Zudem ist die Kaltluftschneise für die Innenstadt zu erhalten.

Herr Otto bittet im Vorfeld zu klären, ob auf dem Sportplatz Charlottental nach Wegfall des Wellersbergplatzes Kapazitäten für die Nutzung durch Thekenmannschaften vorhanden sind und ob die durch die Wohnbebauung entstehende zusätzliche Nachfrage dort abgedeckt werden kann.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, unter den in der Vorlage genannten Prämissen den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan unter Zugrundelegung der Variante B vorzubereiten.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 1 dagegen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen

7. Parkraumbewirtschaftung in Siegen, Stellplatzablösesatzung

Vorlagenr. 2452/2003 - Vorlage vom 07.01.2003

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

1. die **Neueinteilung der Gebietszonen** für die Stellplatzablösesatzung für das Stadtgebiet Siegen und
2. die **Neufassung der Stellplatzablösesatzung** gemäß der der Vorlage beige-fügten Anlage 1.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Kinder- und Jugendeinrichtung Bertramsplatz; hier: Trägervertrag mit dem Stadtjugendring Siegen e.V.

Vorlagennr. 2360/2002

Die Vorlage wurde abgesetzt.

9. Mietanpassung für die Nutzung des Hüttensaaes in der Siegerlandhalle nach erfolgter Modernisierung

Vorlagennr. 2399/2002 und 2399/2002 A - Vorlagen vom 02.12.2002 und 07.01.2003

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Mietanpassung entsprechend den in den Verwaltungsvorlagen Nr. 2399/2002 und 2399/2002 A genannten Konditionen mit Wirkung ab 01.01.2003.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

10. Bebauungsplan Nr. 331 "Weißtalhalle" im Stadtteil Kaan-Marienborn; hier:
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB

Vorlagennr. 2412/2002

Die Vorlage wurde abgesetzt.

11. Wegeeinziehung in der Stadt Siegen; Absicht der Einziehung eines Teilstückes der öffentlichen Wegefläche Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 (ehem. Zufahrt zur Fa. Achenbach und zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 an der Bismarckstraße)

Vorlagennr. 2222/2002 - Vorlage vom 16.09.2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV NRW S. 1028/SGV NRW 91) die Absicht der Einziehung eines Teilstückes der öffentlichen Wegefläche Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 (ehem. Zufahrt zur Fa. Achenbach und zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 an der Bismarckstraße).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen